

Verwelkte Nelken : der Weg der portugiesischen Revolution

Autor(en): **Allemann, Fritz René**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **55 (1975-1976)**

Heft 6

PDF erstellt am: **22.06.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-163093>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Verwelkte Nelken

Der Weg der portugiesischen Revolution

Am 25. April 1974 fegte ein Militärputsch Westeuropas älteste und scheinbar solideste Diktatur weg. Seit 48 Jahren hatte sich dieses autoritäre und konservative Regime behauptet; nun brach es gleichsam über Nacht zusammen, fast kampflös, mit einem Minimum von Blutvergiessen und unter dem Jubel der Bevölkerung. «Die Blumenrevolution», so nannte ein spanischer Journalist den Umsturz, weil die Bewohner der Hauptstadt Lissabon die aufständischen Truppenteile spontan mit roten Nelken überschütteten. Als einige Tage später die Einheiten von Armee, Marine und Luftwaffe gemeinsam mit der Arbeiterschaft den 1. Mai feierten, da steckten diese Blüten nicht nur in den Knopflöchern der Uniformen und an den Mützen der Soldaten, sondern auch in den Läufen ihrer Gewehre und Panzergeschütze: Sinnbilder jener neuen, friedlichen, freien Ära, die nun im äussersten Westen der Alten Welt beginnen sollte.

Am 25. Juli 1975 veröffentlichten die 240 Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten, die als «Versammlung der Bewegung der Streitkräfte» die militärische Basis repräsentieren, nach mehr als zehnstündiger ausserordentlicher Sitzung ein Communiqué, das in dürren Worten die «Konzentration der politisch-militärischen Macht» in den Händen eines Kollegiums von drei Generälen ankündigte. In den nüchternen Sätzen dieser Verlautbarung ist von der «Autorität und Sicherheit der Revolution» die Rede, von der «Notwendigkeit einer starken Führung», von «revolutionärer Disziplin» und «festem Handeln gegen Elemente, die in konterrevolutionärer Absicht ein Klima der Agitation im Volke schaffen». Von einem aber wird hier nicht mehr gesprochen: von der Freiheit. Fünfzehn Monate nach dem Blumenfest der Befreiung hat dieser Begriff seinen Glanz verloren.

Sieht man einen Augenblick von den Epitheta «revolutionär» und «konterrevolutionär» in diesem Text ab, so muss sein Vokabular den Portugiesen wunderlich vertraut klingen: Autorität und Sicherheit, starke Führung, Disziplin, festes Handeln gegen Elemente, die ein Klima der Agitation schaffen – das alles haben sie fast ein halbes Jahrhundert lang ständig gehört. Genau in solchen Termini haben die Generäle gesprochen, die 1926 der kurzlebigen, unordentlichen, chaotischen und korrupten demokratischen Republik den Garaus machten; Salazar hat sich der gleichen Ausdrücke in

den vierzig Jahren seines persönlichen Regiments mit Vorliebe bedient, und seinem Erben Marcello Caetano gingen sie genau so leicht von den Lippen.

Hat sich also nur das Karussell gedreht? Ist Portugal dem Joch des «Faschismus» nur entronnen, um einer neuen Diktatur anheimzufallen, die vor die alten Parolen nur umgekehrte – «linke», «sozialistische» – Vorzeichen setzt?

Manches deutet auf einen solchen Zirkelgang hin. Trotzdem dürfte jede Prognose, die mehr als Möglichkeiten oder äusserstenfalls Wahrscheinlichkeiten aufweisen will, voreilig sein. Der Zug ist zwar abgefahren, aber die Weichen sind noch nicht endgültig gestellt. Die Härte der jüngsten Auseinandersetzungen im Lager der militärischen Machthaber selber demonstriert, nach welcher verschiedenen Richtungen die Geleise noch verlaufen können. Das Triumvirat ist kein Abschluss, sondern eine Verlegenheitslösung, die noch weniger Dauer verspricht als die vorangegangenen quasi-konstitutionellen Provisorien. Es kann nicht einmal ausgeschlossen werden, dass sich die Konstellation zwischen der Niederschrift der vorliegenden Notizen (Anfang August) und ihrem Erscheinen im Druck bereits wieder völlig verändert haben könnte. Zum Schlimmeren? Zum Besseren? Das erste mutet wahrscheinlicher an. Aber das zweite bleibt möglich.

Portugal ist nicht Osteuropa oder Kuba

Vor allem muss man sich vor einem hüten: die mutmassliche Entwicklung der nahen Zukunft in die Gegenwart hineinzuprojizieren. Zweifellos führt das Communiqué vom 25. Juli eine ominöse Sprache, und noch ominöser klingen die bösen Drohungen, die der Triumvir und Kommandant der Sicherheitstruppe COPCON, General Otelo Saraiva de Carvalho, bei seiner Rückkehr aus Fidel Castros Kuba gegen die in einen Topf geworfenen «Reaktionäre» und «Sozialdemokraten» ausgestossen hat. Aber vorderhand handelt es sich in beiden Fällen um verbale Kraftakte: die Repression ist deswegen noch nicht Realität, weil sie als Absicht angekündigt wird. Damit sie Wirklichkeit werden kann, muss zuerst eine eindeutige Klärung der Machtverhältnisse erfolgen. Solange eine Mehrzahl unvereinbarer Kräfte und widerstrebender Tendenzen einander wenigstens halbwegs ausbalancieren und keine einzige von ihnen stark genug ist, die andern auszuschalten, wird die portugiesische Szene eher von der Anarchie als von der Despotie beherrscht. Gerade hierin liegt zweifellos die grösste Gefahr: da die Anarchie nie über eine gewisse Zeit hinaus bestehen kann, gibt sie notorisch den besten Nährboden für die Despotie ab. Nur ist das noch lange kein Grund, die beiden Etappen miteinander zu verwechseln.

Eine solche Verwechslung kann sich vor allem deshalb als verhängnisvoller Irrtum erweisen, weil sie den Blick für die Eigentümlichkeiten des revolutionären Prozesses in Portugal trübt. Allzu oft wird sein Bild in den demokratischen Ländern dadurch verzerrt und verfärbt, dass man es durch die Brille osteuropäischer Erfahrungen sieht. So starren vor allem konservative Beobachter – aber nicht nur sie – seit mehr als einem Jahr derart fasziniert auf die nach ihrer Ansicht unvermeidliche kommunistische Macht ergreifung, dass es ihnen vorkommt, das fest Erwartete sei schon geschehen. Da nach dem Zweiten Weltkrieg von Polen bis Jugoslawien allenthalben mit «volksdemokratischen» Losungen totalitäre Partei herrschaften stalinistischen Typs errichtet wurden, geht man vielfach von der stillschweigenden Voraussetzung aus, das Resultat könne im äussersten Westen Europas kein anderes sein, ja, man glaubt seine Umrisse bereits ganz genau zu erkennen. Und die Folge dieser perspektivischen Täuschung ist dann, dass man von all jenen Elementen in dem höchst komplizierten Spannungsfeld keine Notiz mehr nimmt, die nicht in die vorgeformte Konzeption hineinpassen.

In Wirklichkeit passt das osteuropäische Schnittmuster auf Portugal überhaupt nicht. Es gibt hier keine sowjetischen Besatzungstruppen, unter deren Schirm und mit deren aktiver Hilfe eine kommunistische Minderheit die totale Gewalt an sich reißen könnte. Russland ist weit, Franco-Spanien zu Lande und die Seemacht der NATO zu Wasser nah. Auch der *Partido Comunista Português* (PCP) unter seinem enragiert kremltreuen (und zweifellos hochintelligenten) Generalsekretär Alvaro Cunhal muss auf die traditionelle atlantische Orientierung des Landes mindestens verbal Rücksicht nehmen und mit den Erschwerungen rechnen, die seiner Strategie aus diesen Umständen erwachsen; so haben die Kommunisten bezeichnenderweise nie den Austritt Portugals aus der NATO gefordert und jede Erörterung der Zugehörigkeit zur westlichen Allianz als «nicht aktuell» bezeichnet. Das mag schiere Taktik sein (und ist es wohl auch), aber es zeigt zum mindesten, in welcher Weise selbst stalinistische Orthodoxie die Besonderheiten der portugiesischen Situation in Rechnung stellt.

Nun schliesst das natürlich eine Übernahme der Macht durch die Kommunisten noch keineswegs aus. Dass kein Grund für einen «geographischen Fatalismus» besteht, hat schliesslich das Beispiel Kubas gezeigt: wenn es Fidel Castro gelang, eine Insel, die buchstäblich vor der Türschwelle der Vereinigten Staaten liegt, aus der Bindung an die USA herauszubrechen und in einen weit vorgeschobenen Aussenposten des «sozialistischen Weltsystems» zu verwandeln, dann ist etwas ähnliches auch in Portugal keineswegs unmöglich.

Auch noch aus einem weiteren Grunde kann der Vergleich mit Kuba einiges zum Verständnis der Vorgänge in Portugal beitragen. Zwar ging die

Revolution Fidel Castros äusserlich in einer ganz anderen Form vor sich als die des MFA: die zweijährige bittere Guerilla-Kampagne, die die kubanischen Partisanen von ihrem Réduit in der Sierra Maestra bis Havanna führte, hat auf den ersten Blick nichts mit dem präzise vorbereiteten, blitzschnell durchgeführten Coup des portugiesischen Militärs zu tun, der ganz der klassischen Tradition iberischer (und lateinamerikanischer) Offiziersputsche entsprach. Aber wichtiger als die Verschiedenheit des äusseren ist die Übereinstimmung des inneren Verlaufs. Hier wie dort nahm der Umsturz seinen Ausgang von einer unter strikt demokratischen Losungen begonnenen Erhebung gegen eine unpopulär gewordene Diktatur, und in beiden Fällen setzte sehr schnell nach dem Sieg ein rapider Radikalisierungsprozess ein, bei dem die ursprünglichen demokratischen Postulate in den Hintergrund rückten und die totale, nicht notwendigerweise auf dem Mehrheitswillen beruhende Umgestaltung der Gesellschaft (der «Aufbau des Sozialismus») an ihre Stelle trat.

Die Parallelen zu verfolgen, ist dabei ebenso aufschlussreich wie die Punkte zu markieren, wo die Linien auseinanderlaufen. Wie Castros «Manifest der Sierra Maestra», so stellt das «Programm des MFA» freie Wahlen innert eines Jahres nach dem Sturz der Diktatur in Aussicht. In beiden Dokumenten geben die Guerilleros beziehungsweise die Militärrevolutionäre zu verstehen, dass sie auch in der Übergangszeit die Macht nicht selber ausüben, sondern sich nur mit einer gewissen Kontrollfunktion zufriedengeben, im übrigen aber die Regierungsgewalt den Repräsentanten der politischen Parteien überlassen wollten. Neben dem relativ genau umschriebenen Fahrplan der Demokratisierung treten die Hinweise auf wünschenswerte soziale Veränderungen ganz in den Hintergrund: sie sind unbestimmt formuliert und auf einen betont massvoll-«reformistischen» Ton gestimmt.

Nicht minder ähnlich, bis in die einzelnen Etappen hinein, vollzieht sich dann die Verlagerung der Akzente: entweder wird die ursprüngliche Plattform offen verlassen oder der Gehalt des Programms uminterpretiert. Auf Kuba schiebt Fidel Castro schon nach ein paar Wochen den zivilen Ministerpräsidenten Miró Cardona beiseite und setzt sich selber an seine Stelle; in Portugal tritt ebenso schnell der intellektuelle Kopf der revolutionären Offiziere, Oberst Vasco Gonçalves, als Premier an die Stelle des Professors Palma Carlos. Nach einer etwas längeren Periode der Vorbereitung müssen auch die von den Revolutionären selber berufenen Staatschefs (Urrutia in Havanna, Spínola in Lissabon) das Feld räumen: sie werden zum Rücktritt gezwungen, weil sie als Hindernis für den Umschlag der politischen Revolution in die soziale angesehen werden. Und dieser Umschlag selber, der nun einsetzt, geschieht nicht etwa unter einem unwiderstehlichen Druck der «Massen». Er erhält vielmehr seinen entscheidenden Anstoss von

oben, und zwar im Zusammenwirken von zwei aktivistischen Minoritäten heterogenen Ursprungs, die nun gemeinsam in die gleiche Richtung steuern: um die Revolution systematisch weiterzutreiben, verbündet sich der radikale Flügel der bewaffneten Macht mit dem aus der Illegalität aufgetauchten und dank seinem organisatorischen Vorsprung faktisch privilegierten kommunistischen Parteiapparat.

In dem Augenblick aber, da die «reaktionären» Elemente aus der ursprünglichen Einheitsfront gegen die Diktatur ausgeschieden sind, beginnen die beiden bis dahin verblüffend gleichmässig ablaufenden revolutionären Prozesse zu divergieren. Der Weg Kubas führt praktisch geradlinig in den neuen Totalitarismus hinein, der mit dem ausdrücklichen Bekenntnis Castros zum «Marxismus-Leninismus» ideologisch gerechtfertigt wird. In Portugal dagegen trifft diese Dynamik auf ungleich stärkere und nachhaltigere Widerstände. Castro kann von dem Versprechen freier Wahlen schon wenige Monate nach seinem Machtantritt mit brutaler Offenheit abrücken, indem er sich darauf beruft, die jubelnde Zustimmung des Volkes zu allen Schritten seiner Regierung spreche deutlich genug. In der Tat kann er sich auf die hypnotische Wirkung seines öffentlichen Auftretens ebenso verlassen wie auf seine nur ganz ausnahmsweise einmal in Frage gestellte Autorität über die alten Kampfgefährten. Er ist eben *wirklich* der «líder máximo» – der «Führer» schlechthin –, schon bevor er als solcher im besten lateinamerikanischen *Caudillo*-Stil verherrlicht wird. Und die zunehmend massiveren Druck-Versuche Washingtons geben ihm obendrein die Gelegenheit, sein immer strafferer persönliches Regiment auch mit nationalen Gründen zu legitimieren: in den «*Yanquis*» steht ihm der allseits gefürchtete und verhasste äussere Gegner zu Gebote, dessen die Autokratie zu ihrer inneren Befestigung bedarf.

Heterogene Militärbewegung

All diese Bedingungen sind in Portugal nicht vorhanden. Unter den etwa 200 Offizieren, die vor dem Putsch den festen verschworenen Kern des MFA ausmachen, gibt es keinen alle andern überragenden «charismatischen Führer». Von Anfang an werden alle Entscheidungen kollektiv gefällt: man diskutiert und verständigt sich entweder im Kreis sämtlicher Mitglieder oder, wenn das nicht möglich ist, in den Spitzengremien, bis aus diesen Beratungen ein Konsensus hervorgegangen ist. Diese Praxis verleiht der Bewegung auch in späteren Stadien noch einen Zug, den man als demokratisch oder oligarchisch definieren mag (bald tritt die eine, bald die andere Komponente stärker hervor), der aber jedenfalls das Diktat eines Einzelnen

oder auch einer kleinen Gruppe ausschliesst, ja, lange Zeit sogar den Verzicht auf Mehrheitsentscheide nahelegte: erst im Gefolge der nach und nach einsetzenden politischen Polarisierung, als sich innerhalb der mittlerweile erweiterten MFA-Kader deutlich unterschiedene und mehr oder weniger organisierte «Fraktionen» auszubilden begannen, wurden formelle Abstimmungen in den verschiedenen militärisch-politischen Organen zur Regel. Und selbst dann blieb noch einiges von dem alten Gemeinschaftsgeist übrig: soweit man das von aussen her beurteilen kann, sind auch ausgesprochen konservativ eingestellte MFA-Offiziere nach den Krisen vom September 1974 und vom März 1975 kaum je von den aufeinanderfolgenden Säuberungs-Aktionen in den Streitkräften betroffen worden, soweit sie nicht in eindeutig putschistische Unternehmungen verwickelt waren. Das aber waren sie nur sehr selten, weil es auch den prominenten Antikommunisten aus diesem Kreise bisher kaum je in den Sinn gekommen wäre, gegen ihre Kameraden von links zu den Waffen zu greifen: für den kläglich gescheiterten (und wahrscheinlich durch eine geplante Provokation ausgelösten) Putschversuch vom 11. März sind im wesentlichen Leute verantwortlich gewesen, die mit dem Umsturz vom 25. April nichts zu tun hatten.

Diese sehr eigentümliche Struktur der militärischen Avantgarde hat zwar die fortschreitende Ausbreitung extremistischer Tendenzen innerhalb der revolutionären Machtelite nicht verhindert, wohl aber dem Einfluss dieser Strömungen gewisse praktische Grenzen gesetzt. So büsste das ursprünglich aufgerichtete Leitbild der sozialen Demokratie sehr bald seine Anziehungskraft ein, und an seine Stelle trat zusehends der Glaube an die Notwendigkeit (und die Möglichkeit) des grossen Sprungs in die Utopie der klassenlosen Gesellschaft. Trotzdem konnte sich die Mehrheit des MFA nicht einmal nach dem Schock des 11. März, der dem Radikalisierungsprozess einen neuen und besonders nachhaltigen Impuls verlieh, zur schlichten Annullierung der zugesagten Wahlen für eine Verfassunggebende Nationalversammlung entschliessen – teils weil sie weiterhin Rücksicht auf den noch vorhandenen und numerisch keineswegs belanglosen «gemässigten» Flügel nehmen musste, teils weil auch ein grosser Teil der radikalen Elemente vor dem Bruch einer feierlich gegebenen Zusage zurückscheute. Man behalf sich daher mit einer charakteristischen Kompromiss- und Zwischenlösung: die Bevölkerung durfte zwar wie versprochen zur Urne gehen, aber die Parteien mussten sich dafür ihrerseits verpflichten, in der ausarbeitenden Verfassung «für drei bis fünf Jahre» die Hegemonie des MFA und des Obersten Revolutionsrats über alle künftigen staatlichen Institutionen zu zementieren.

Den meisten Militärs mochte dieses Arrangement als ein geschickter Schachzug erscheinen, weil es ihnen ja schliesslich auf jeden Fall die Sub-

stanz der Macht garantierte. Die Kräfte auf der äussersten Linken allerdings, die lieber dem Beispiel Kubas gefolgt wären, warnten schon damals, die Konzessionen an «bürgerlich-demokratische Vorurteile» könnten sich als verhängnisvoller Fehler erweisen – und aus ihrer Sicht haben sie mit dieser Warnung durchaus recht behalten. Die Wahlen brachten den Kommunisten, ihren «überparteilich» getarnten Mitläufern von der Demokratischen Bewegung MDP und den mit ihnen kollaborierenden linkssozialistischen Splittergruppen eine schwere Niederlage. Die 12% der Stimmen, die auf die Kommunistische Partei entfielen, und vollends die 4%, mit denen sich das MDP zufriedengeben musste, offenbarten das Ausmass ihrer tatsächlichen Isolierung – und dies trotz einer eklatanten organisatorischen, propagandistischen und nicht zuletzt auch finanziellen Überlegenheit des PCP über alle seine Konkurrenten.

Gewiss änderte dieses Ergebnis kaum etwas an der tatsächlichen Machtverteilung; insofern durfte der PCP-Chef Cunhal den Ausgang mit gutem Grund als völlig unerheblich abtun. Wenn die beiden weitaus stärksten und betont antikommunistischen Formationen, die Sozialisten des PSP mit 30 und die selbststilisierten «Sozialdemokraten» der Demokratischen Volkspartei PPD mit 26% aller Stimmen zusammen nahe an eine Zweidrittelsmehrheit herankamen, dann verschaffte ihnen diese numerische Stärke nicht im geringsten einen entsprechenden politischen Einfluss. Vielmehr bestärkte sie die eigentlichen Machthaber nur in der Überzeugung, dass das Volk offenbar in «reaktionärer» Verblendung seine wirklichen Interessen nicht zu erkennen vermöge und daher «für die Demokratie nicht reif» sei, und das wiederum leistete innerhalb des MFA jenen Bestrebungen Vorschub, die auf die völlige Ausschaltung der Sieger durch die Errichtung einer «revolutionären Volksmacht» mit Hilfe aktivistischer Minderheiten abzielten.

Trotzdem wäre es falsch, wenn man das durchaus reale Gewicht des PSP-PPD-Erfolgs deshalb unterschätzen wollte, weil er zunächst «nur» moralisch in die Waagschale fiel. Das Bewusstsein, eine grosse und eindeutige Majorität des Volkes hinter sich zu haben, stärkte den Widerstandswillen und letztlich auch die Widerstandskraft der gemässigten gegenüber den jakobinisch-totalitären Tendenzen. Die Hoffnung zwar, das Wahlergebnis werde seinen Eindruck auch auf die MFA-Spitze nicht verfehlen und diese zum Einlenken auf die Bahn eines demokratischen Sozialismus bewegen, erwies sich als trügerisch: im Revolutionsrat und erst recht in der Versammlung der Streitkräfte gewannen im Gegenteil jene Leute nun vollends die Oberhand, die unbekümmert um den Ausgang an den Urnen auf die weitere Entfesselung der revolutionären Dynamik setzten. Aber eben mit dieser Flucht nach vorne begingen die Extremisten ihren zweiten Irrtum: wenn sie schon die Befragung des Volkes zugelassen hätten, dann war

es ein schwerer Fehler, deren Ergebnis einfach als durchaus unerheblich vom Tische wischen zu wollen. Das Verdikt der Wähler hatte das Selbstbewusstsein der siegreichen Parteien so sehr gestärkt, dass sie nun die Kraftprobe wagten, der sie bis dahin immer aus dem Wege gegangen waren, und mit dem Rückzug ihrer Minister aus der Regierung ganz offen die Machtfrage stellten.

Eben dies macht deutlich, dass der Beschluss der Militärs, das Wahl-Verprechen einzulösen, und der Ausgang dieser Wahlen die eigentliche Wegscheide der Revolution markierten. Bis dahin war es noch möglich gewesen, die letztlich unvereinbaren Kräfte, die auf eine demokratische und auf eine autoritäre oder totalitäre Lösung der portugiesischen Probleme hinzielten, einigermassen zusammenzuhalten, wenn das auch je länger desto mehr nur noch durch zweideutige und verschieden interpretierbare Formeln gelang. Nun aber, da das populäre Übergewicht der Demokraten mit der Dominanz der Radikalen im MFA in offenkundigen und gar nicht mehr wegzuleugnenden Widerspruch geriet, konnte der Bruch nur noch eine Frage kurzer Zeit sein: die grosse Krise, die schliesslich im Juli ausbrach, war im Entscheid an den Urnen und in der Weigerung der Streitkräfte, diesen Entscheid tatsächlich zu achten, bereits vorprogrammiert – ganz gleich, ob die Konstituante nun früher oder später der doch wohl gar nicht vermeidlichen Auflösung verfallen würde.

Damit ist aber die portugiesische Entwicklung auch in ein Stadium eingetreten, zu dem es in der kubanischen nichts vergleichbares gibt. Eine wirkliche harte, über lange Zeit sich hinziehende Auseinandersetzung innerhalb des «progressiven» Lagers, das nach der Ausschaltung der mehr oder weniger konservativen Elemente noch übrig blieb, hat es auf Kuba gar nicht gegeben: als Castros früherer Kampfgefährte Hubert Matos versuchte, sich dem pro-kommunistischen Kurs entgegenzustemmen, wurde der Major wegen «Rebellion» zu einer langjährigen Zuchthausstrafe verurteilt, und obwohl in den Gewerkschaften (im Gegensatz zu Portugal) zunächst eine überwältigende antikommunistische Majorität vorhanden war, gelang die totale Gleichschaltung der Arbeiterorganisationen auf «kaltem» Wege, ohne dass sich dagegen ein organisierter Widerstand erhoben hätte. In Portugal aber geht das zähe Ringen nun schon mehrere Monate weiter, ohne dass bisher eine endgültige und unwiderrufliche Entscheidung in der einen oder anderen Richtung gefallen wäre.

Keine Einheit der Linksradikalen

Das hängt allerdings auch mit einer zweiten, sehr bezeichnenden und von westlichen Beobachtern oft nicht in ihrer ganzen Tragweite erkannten

Eigentümlichkeit der portugiesischen Entwicklung zusammen: mit der Aufspaltung des radikalen Lagers. In Havanna vollzog sich unter der Ägide Castros nach dem Sieg über Batista eine rapid fortschreitende Annäherung zwischen seiner eigenen Gefolgschaft und den Altkommunisten, die schliesslich zur Verschmelzung der beiden kurz zuvor noch rivalisierenden, ja zeitweise offen verfeindeten Eliten führte. Die kubanische KP hatte das Guerilla-Unternehmen Fidels ursprünglich als «kleinbürgerliches Abenteuerer-tum» verurteilt und war erst im letzten Moment auf den Wagen des Triumphators aufgesprungen; nun machte sie die frühere Fehleinschätzung dadurch wett, dass sie sich um so fester an die Rockschösse Castros klammerte und diesen durch ihre unbedingte Ergebenheit endgültig für sich gewann. Cunhal verfolgte in Lissabon die gleiche Umarmungstaktik gegenüber dem MFA in noch viel konsequenterer Weise, indem er dessen Führungsanspruch von Anfang an rückhaltlos anerkannte und selbst die Verwischung des eigenen politischen Profils in Kauf nahm, um sich den Revolutionären in Uniform als der ideale Verbündete und das zuverlässige zivile Instrument ihres eigenen Willens zu empfehlen.

Das Verhalten des PCP verfehlte seinen Effekt auf die Offiziere schon deshalb nicht, weil diese, an hierarchische Strukturen gewöhnt, vom straffen und disziplinierten Funktionieren der kommunistischen Kader vorteilhaft beeindruckt waren. So schien sich auch in Portugal eine Konvergenz zwischen dem militärischen und dem kommunistischen Apparat zu ergeben, wie sie auf Kuba stattgefunden hatte. Aber mit der Zeit trat neben diesem Trend ein anderer und gegenläufiger auf: mit der Lockerung der militärischen Disziplin, dem Eindringen politischer Auseinandersetzungen in die Truppe und dem über die Stränge schlagenden revolutionären Enthusiasmus wich die Bewunderung kommunistischer Effizienz bei manchen der radikalen Militärs, die sich von «reformistischen» Vorstellungen abgekehrt hatten, einem immer deutlicheren Missbehagen am autoritären Stil der Partei und an der Art und Weise, wie diese sich unter lauten Loyalitätsbeteuerungen allenthalben in den Höhlungen der Macht einzunisten suchte. Auch innerhalb der Streitkräfte und bis in ihre Führung hinein trat das wachsende Bedürfnis nach «totaler Emanzipation» und einer Sprengung aller überkommenen Bindungen in Widerspruch zur doktrinären Strenge, die eben auch hinter der äusseren Anpassungsfähigkeit des Partei-Kommunismus erkennbar wurde: nicht in der Errichtung eines neuen starren Gefüges, sondern im Bemühen um die Permanenz des revolutionären Elans und in der Freude am Experimentieren mit neuen, bisher noch nirgends vorhandenen Möglichkeiten sah nun ein Teil der MFA-Führung wie ihrer Gefolgschaft das Heil der Revolution. Der Gegensatz wurde zudem dadurch personalisiert, dass sich die eine dieser Gruppen um den Minister-

präsidenten Vasco Gonçalves sammelte, die andere in dem Kommandeur der Einsatztruppe COPCON, General Otelo de Carvalho, ihren Exponenten fand: Gonçalves orientierte sich im Einklang mit Cunhal ganz und gar am osteuropäisch-«volksdemokratischen» Schema; Carvalho dagegen suchte seine ideologische Inspiration bei einigen jener «ultralinken» Gruppen, die sich unter den verschiedensten Vorzeichen – maoistischen, trotzkistischen, «rätekommunistischen» oder anarchistischen – dem Hegemonie-Anspruch eines als «opportunistisch» oder «sozialfaschistisch» charakterisierten PCP ebenso entgegenstellen wie der angeblichen Kapitulation des «Reformismus» vor der Bourgeoisie.

Auf Kuba hatte es nichts dergleichen gegeben und schon deshalb nicht geben können, weil Castro zu der Zeit, da sich die Kommunisten von ihm ins Schlepptau nehmen liessen, selber viel eher eine ultralinke Linie als eine orthodoxleninistische verfolgte. Viel eher lässt sich eine ähnliche Differenzierung zwischen zwei einander widersprechenden revolutionären Konzeptionen im Chile der *Unidad Popular* aufweisen. Trotzdem hinkt auch dieser Vergleich. In Chile zogen nämlich die Kommunisten mit den (dort schwachen) linksbürgerlichen und sozialdemokratischen Elementen der Volksfront-Koalition an einem Strick, indem sie vor einem überhasteten Tempo der revolutionären Transformation warnten, konstant zur Mässigung rieten und die Brücken zu der christlich-demokratischen Mitte nicht abbrechen wollten, während Allendes eigene Sozialistische Partei zusammen mit den linkskatholischen Absplitterungen der Christdemokraten und den (ausserhalb der Volksfront stehenden) Extremisten des MIR systematisch auf einen Bruch mit der demokratischen Legalität hinarbeiteten. In Portugal dagegen liessen Cunhal und seine militärischen Freunde die Haltung wohlstudierter Zurückhaltung, die sie in den ersten Monaten bewahrt hatten, in dem Augenblick fallen, da sie meinten, die totale Macht sei dank der Unterstützung einer wichtigen MFA-Gruppe in ihre Reichweite gerückt. Damit entfremdeten sie sich jedoch nicht nur vorzeitig die Gesamtheit der demokratisch-sozialistischen Elemente, sondern zugleich auch jene, die zwar im Kampf gegen «Reaktion» und «Reformismus» an ihrer Seite standen, aber deswegen nicht bereit waren, sich einer kommunistischen Lenkung, Kontrolle und Disziplin zu unterwerfen, und die der Fata Morgana einer authentischen, nicht bürokratisierten, auf der Selbsttätigkeit der Massen beruhenden Revolution nachjagten.

Der Riss quer durch den linken Flügel der revolutionären Kräfte veränderte die gesamte politische Frontstellung von Grund auf. Anstelle des einfachen Gegenübers von «Gemässigten» – was immer dieser Begriff unter portugiesischen Verhältnissen bezeichnen mag – und «Radikalen» bildete sich eine ungleich kompliziertere, schwerer durchschaubare, aber auch und

vor allem schwerer zu manipulierende Dreiecks-Konstellation heraus. Die Pro-Kommunisten gerieten unversehens zwischen zwei Feuer: auf der einen Seite hatten sie es mit jenen hartnäckigen Widersachern zu tun, die auf der Einhaltung eines Minimums von demokratischen Spielregeln bestanden; auf der anderen Seite aber erwuchs ihnen ein weiterer Widerpart in jenen, die über ihre Köpfe hinweg an die Selbsttätigkeit der revolutionären Proletarier appellierten und ganz neue, bisher nicht dagewesene Formen der «Volksmacht» anvisierten.

Auch innerhalb dieses Dreiecks-Schemas behaupteten sich die Kommunisten allerdings noch lange als die stärkste Kraft, weniger wegen ihrer Zahl als wegen ihres geschlossenen und daher besonders wirksamen Auftretens. Nicht auf sie, wohl aber auf ihre Gegner zur Rechten wie zur Linken traf das Wort eines maliziösen ausländischen Beobachters zu, an der MFA-Spitze bilde jeder Offizier «eine Fraktion für sich». Bei den Ultralinken gilt das im wesentlichen noch heute – schon deshalb, weil ihre beiden stärksten Persönlichkeiten, Carvalho und der «rote Admiral» Rosa Coutinho, auch die eigenwilligsten, sprunghaftesten, am wenigsten festzulegenden sind, und daher kaum dazu gelangen, ihr Vorgehen miteinander abzustimmen. Auch die «Gemässigten» (die sich selber viel eher als demokratische Linkssozialisten verstehen) traten erst in diesem Sommer als eine einigermaßen festgefügte Gruppe auf, zusammengehalten im wesentlichen durch ihre Opposition gegen Gonçalves und dessen PCP-Freunde einerseits, die Räte-Projekte des «Anarcho-Populismus» andererseits und vor allem durch die gemeinsame Überzeugung, dass die Flut antikommunistischer Exzesse in Nordportugal nur durch ein rücksichtsvolleres Eingehen auf die tatsächlichen Wünsche und Bedürfnisse der Bevölkerung und nicht durch die Verhärtung der Repression eingedämmt werden könne.

Handlungsunfähigkeit der Führung

Man muss sich dieses höchst eigentümliche Geflecht widersprüchlicher (und in sich obendrein uneinheitlicher) Tendenzen vor Augen halten, um den Zustand progressiver Paralyse zu verstehen, dem die MFA-Instanzen anheimfielen. Eben *weil* es mit Ausnahme der PCP-nahen Gefolgschaft von Gonçalves keine straff organisierten und daher auch berechenbaren Gruppierungen gab, führten wechselnde Stimmungen und flüchtige Augenblicks-Allianzen unter den Angehörigen der Versammlung wie des Revolutionsrats dazu, dass einmal gefasste Beschlüsse immer neu zur Diskussion gestellt, uminterpretiert oder schlicht umgestürzt wurden. Von einer kohärenten oder auch nur einer halbwegs kontinuierlichen Willensbildung

konnte unter diesen Umständen gar keine Rede mehr sein. Allerhöchstens fand sich jeweils eine einigermaßen überzeugende Majorität im Negativen zusammen – sei es, dass Pro-Kommunisten und Ultras das Drängen der «Rechten» auf eine Konsolidierung der «revolutionären Errungenschaften» und eine Reduktion des Tempos neuer Experimente blockierten oder extreme Linke und Gemässigte gemeinsam gegen das übersteigerte kommunistische Machtstreben Front machten. Zur Ausarbeitung einer positiven und in sich zusammenhängenden Politik aber gelangte keines der revolutionären Organe. Wo es so aussah, als seien zum mindesten die Leitlinien einer solchen Politik skizziert worden, da handelte es sich, sah man genauer hin, um das Ergebnis rein taktisch bestimmter Winkelzüge. So bei jener vielumstrittenen Resolution der MFA-Versammlung zugunsten eines Rätessystems, das in dem gleichen Gremium noch kurz zuvor zurückgewiesen worden war: ins Gedränge geraten, suchte die Gonçalves-Gruppe einer drohenden Isolierung zu entgehen und ihren «rechten» Gegnern ein Bein zu stellen, indem sie die ursprünglich von ihr selbst abgelehnten Projekte der äussersten Linken aufgriff. Aber die damit begründete Einheitsfront war genau so kurzfristig (und unaufrichtig) wie alle anderen Kombinationen.

Die Handlungsunfähigkeit der Führung begünstigte ihrerseits die Ausbreitung der Anarchie an der Basis. Ein gewisses Mass an Unruhe und auch an willkürlichen Einzelaktionen war wohl unvermeidlich, nachdem das allzu starre Gefüge des salazaristischen Systems zerbrochen war. Aber je länger desto mehr entwickelte sich eine Situation, in der jede kleine Gruppe ihre Ansprüche notfalls mit Gewalt geltend machen und auch durchsetzen konnte, wenn sie sich dabei der gängigen revolutionären Phraseologie bediente. Die Gesetze – nicht etwa nur die aus dem alten Regime übernommenen, sondern auch und vor allem die nach dem 25. April erlassenen – konnten praktisch nach Belieben missachtet werden: das Argument, die formell geltenden Bestimmungen seien längst «durch den Fortgang des revolutionären Prozesses überholt», wurde selbst von exekutiven Organen der Staatsgewalt nicht nur akzeptiert, sondern zur Maxime erhoben. Das von Carvalho befehligte Einsatzkommando beispielsweise, das in erster Linie für die Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung verantwortlich war, wurde von seinem Kommandeur nachdrücklich dahin instruiert, es habe sich ausschliesslich nach dem Grundsatz «Die Arbeiter haben immer recht» zu richten und daher gegen Illegalitäten nur dann einzuschreiten, wenn sie nicht «im Interesse der Revolution» lägen. Carvalho bezeichnet diese Massregel des Verhaltens gerne als Prinzip der «revolutionären Legalität», meint damit aber in Wirklichkeit eine Legitimität, die den Vorrang vor jeder (auch der revolutionären) Legalität geniessen müsse. Das aber läuft notwendiger-

weise auf die totale Negation des Rechtsstaates hinaus, weil es das Urteil über Zulässigkeit oder Unzulässigkeit irgendeiner Handlung dem individuellen Ermessen ihrer Zweckmässigkeit oder Unzweckmässigkeit für die nie exakt zu definierende «Sache der Revolution» abhängig macht. Geht man von dieser Prämisse aus, dann bleibt es selbstverständlich auch dem einzelnen überlassen, wie weit er Befehlen von oben folgen will. Mehr als einmal – im Fall der sozialistischen Zeitung «República» wie des katholischen Kirchen-Senders «Radio Renascença» beispielsweise, die beide von Teilen ihrer Belegschaften okkupiert und ideologisch umorientiert worden waren – hat sich COPCON daher kurzerhand geweigert, Beschlüssen des Revolutionsrats beziehungsweise des Kabinetts Nachachtung zu verschaffen, und damit schliesslich die Nachgiebigkeit der übergeordneten Stellen erzwungen.

Solche Auflösungserscheinungen wirkten selbstverständlich auch auf die Streitkräfte selber zurück. Zum mindesten bei ihren besonders intensiv politisierten Verbänden in Lissabon und seiner Umgebung ist es nachgerade zu einem völlig normalen Vorgang geworden, dass Mannschaften und Unteroffiziere die Abberufung ihrer Kommandeure oder auch politisch missliebig gewordenen Offiziere nicht etwa nur verlangen, sondern auf eigene Faust beschliessen – wobei dann die höheren militärischen Stellen bis hinauf zu den Generalstabschefs der Waffengattungen entweder sofort nachzugeben pflegen oder sich nach endlosen Palavern auf irgendeinen notdürftig improvisierten Kompromiss einlassen. Die Folgen einer solchen obendrein noch völlig unregelten, von Fall zu Fall durchexerzierten «Demokratisierung» sind bereits auch für den Aussenstehenden erkennbar. Erstens zeichnet sich ein fortschreitender Zerfall der bewaffneten Macht in einzelne Bestandteile ab, die sich ihrerseits mit verschiedenen politischen Richtungen identifizieren: in Lissabon gibt es gemässigte, kommunistische und ultralinke Regimenter – und unter den letzteren solche, die zu sehr verschiedenen Splittergruppen in mehr oder weniger enge Beziehungen getreten sind. Zweitens hat die Affäre um den zweiten Mann im COPCON, den Obersten Neves, einen Durchblick in die oft sehr fragwürdigen Methoden gestattet, mit denen solche sogenannten Entschliessungen der Basis zustandekommen. Nachträglich stellte es sich heraus, dass das angebliche Plenum des «Kommando»-Regiments, das dem Obersten und seinen gemässigten Gesinnungsgenossen das Vertrauen entzogen und ihre Abberufung durch Carvalho veranlasst hatte, nur das manipulierte Konklave einer kleinen kommunistischen Gruppe gewesen war. Der Ausstossungsbeschluss wurde daher nach wenigen Tagen von einer Versammlung, an der wirklich *alle* Angehörigen des Regiments teilnahmen, rückgängig gemacht. In vielen ähnlich gelagerten Fällen ist eine solche Korrektur nicht erfolgt, weil die

Betroffenen die Flucht in die Öffentlichkeit scheuten und daher anders als der kampflustige Neves ihre Massregelung stillschweigend akzeptierten, oder weil die *minorité agissante* mit quasi-terroristischen Methoden jeden Widerspruch unmöglich machte.

Die Rechte geht auf die Strasse

Erst im Lichte solcher Erscheinungen wird aber auch die antikommunistische Revolte im traditionell katholischen, kleinbäuerlichen und eher konservativ gestimmten Nordportugal und in gewissen Teilen der Landesmitte verständlich, die Mitte Juli ausbrach und mit der Geschwindigkeit eines Wildfeuers um sich griff. Hinter den sich häufenden Angriffen auf Büros kommunistischer oder kommunistenfreundlicher Organisationen, auf kommunistisch beherrschte (und in keiner Weise demokratisch legitimierte) Gemeindeverwaltungen oder auch auf Wohnungen, Person und Eigentum einzelner Funktionäre standen zweifellos sehr unterschiedliche Anstösse. Mancherorts beteiligten sich selbst die aufgebrachten lokalen Sozialisten an den Zusammenrottungen; in anderen Fällen gingen die Ausschreitungen von fanatisierten Kirchengläubigen aus; zweifellos haben auch Nutzniesser des früheren Regimes und ausgesprochen «konterrevolutionäre» ländliche Notabeln die Rolle von Drahtziehern gespielt. Ganz offenbar aber handelt es sich bei diesen Unruhen durchwegs um die ungeduldige Reaktion einer Bevölkerung, die nicht nur von den realen Ergebnissen der Revolution enttäuscht ist, sondern sich auch dagegen auflehnt, dass sich die militärischen Machthaber und deren zivile Protégés so unbekümmert über die Wünsche, Bedürfnisse und Willensäußerungen der von ihnen selber angerufenen «Massen» hinwegsetzen. Und dieser Protest bedient sich schon deshalb der Mittel «direkter Aktion», weil die Linksextremisten verschiedenster Couleur die Hilflosigkeit des Staates gegen diese Mittel zur Genüge vordemonstriert hatten. Die gleiche Unsicherheit trat denn auch allenthalben angesichts des neuen Sturms von rechts zutage: die eingesetzten militärischen Kontingente verhielten sich überwiegend passiv, fraternisierten sogar da und dort mit der Menge. Und das hängt nicht nur damit zusammen, dass die im Norden stationierten Truppen insgesamt von den Gemässigten dominiert werden. Auch ein anderer Grund spielte mit: die Erinnerung an die repressiven Züge des Salazarismus ist noch immer so lebendig, dass Soldaten wie Polizisten vor Gewalttätigkeiten gegen «das Volk» selbst dann zurückschrecken, wenn sie sein Tun verurteilen. Geraume Zeit profitierten nur die Linken von dieser Scheu; in diesem Sommer hat die Rechte erstmals die darin liegende Chance entdeckt und sich zunutze gemacht. Das bedeutet aber nichts anderes, als dass die Anarchie

immer neue Teile der Gesellschaft ergreift. Oder, wie es in dem Manifest der 25 «gemässigten» Offiziere vom 7. August heisst: das traditionelle soziale Gewebe ist zerschlissen, während sich noch nicht einmal die Ansätze neuer Strukturen gebildet haben.

Der Auszug der Sozialisten und des PPD aus dem Kabinett war in erster Linie ein Reflex auf den katastrophalen Autoritätsverlust von Regierung und Revolutionsrat, der in der «República»-Affäre ebenso zutage getreten war wie in dem Versuch der MFA-Versammlung, die künftige Konstitution schon vor ihrer Ausarbeitung durch den Rückgriff auf ein vages, aber eindeutig mit keiner denkbaren Verfassung in Einklang zu bringendes Rätssystem zu präjudizieren. Die damit ausgelöste vierwöchige Krise intensivierte aber ihrerseits wiederum das Machtvakuum: es ist ganz gewiss nicht zufällig, dass die «reaktionären» Aufläufe im Norden in dieser Zeit begannen. Die noch vorhandenen, wenn auch nicht mehr funktionsfähigen Entscheidungsgremien mussten sich daher der Frage stellen, wie dieser Prozess fortschreitender Zersetzung aufzuhalten sei. Was jedoch als Schritt zur Wiederherstellung von Autorität (im Staat) und Disziplin (in den Streitkräften) angepriesen wurde, war keine Antwort, sondern eine Ausflucht. Das Dreier-Direktorium konzentrierte nicht sosehr die (faktisch längst zerbröckelte) Macht bei sich als vielmehr genau jene Widersprüche, die schon den Revolutionsrat gelähmt hatten. Niemand konnte auch nur einen Augenblick von einem Dreiergespann aus dem gemässigten Gomes, dem kommunistischen Gonçalves und dem ultralinken Carvalho im Ernst etwas anderes erwarten, als dass jedes der drei Pferde nach einer anderen Ecke ziehen und damit das Gefährt der Revolution vollends zum Stillstand bringen werde. Tatsächlich war die Schaffung des Triumvirats vom ersten Augenblick an nichts als ein blosser Verlegenheitskniff; eben deshalb aber konnte sie auch nicht eine Verstraffung des Staatsapparates oder gar einen Rückfall in autoritäre und repressive Regierungsmethoden bezeichnen, sondern im Gegenteil die schon vorher offenkundige Regierungsunfähigkeit nur weiter potenzieren. Und genau das zeigte sich sofort, als aus der Regierungskrise schliesslich ein neues Kabinett Gonçalves hervorging, von dem sich Carvalho allsobald demonstrativ distanzierte und das Gomes schon im Augenblick der Vereidigung als eine blosse «Übergangslösung» abqualifizierte.

Festgefahrene Situation

Die Frage ist nur: Übergang wozu? Nach seiner Zusammensetzung aus lauter mehr oder weniger (meist weniger) prominenten Sympathisanten des PCP müsste dieses auf schmalster politischer Grundlage stehende Kollegium

eigentlich zum Wegbereiter und Instrument einer Minderheitsdiktatur prädestiniert sein. Aber die Widerstände, denen es begegnet, sind so umfassend, die Mittel seiner Politik so minim, dass es verwunderlich wäre, wenn ihm irgendwelche realen Fortschritte auf dieses Ziel hin gelingen sollten. Das einzig sichtbare Ergebnis dieses kommunistischen Schein-Erfolgs ist vielmehr, dass er die offene Spaltung in die Bewegung der Streitkräfte hineingetragen hat. Erstmals sieht sich die bisher allein organisierte MFA-Fraktion, die hinter Gonçalves steht, mit einer ebenso entschlossenen und soliden Gegenkraft konfrontiert, die mit der Publikation des «Manifests der 25» auch den Weg in die Öffentlichkeit angetreten und schliesslich trotz dem Ausschluss ihrer Vertreter aus dem Revolutionsrat auch die Diskussion ihrer Plattform in der Truppe durchgesetzt hat.

Zur Zeit der Niederschrift dieses Artikels ist eine Voraussage über den Ausgang des damit entfesselten Kampfes unmöglich. Vielleicht wird es im letzten Augenblick doch noch einmal zu einem Kompromiss kommen, weil keine Seite sich stark genug fühlt, der andern ihren Willen aufzuzwingen. Vielleicht wird aber auch einer der Gegner die Nerven verlieren – sei es, dass die Kommunisten die Flucht nach vorn in die rücksichtslose Repression antreten, oder dass sich ein Teil der demokratischen Militärs durch seine starke Position in den intakten Teilen des Heeres zu unbedacht-putschistischem Vorpellen verlocken lässt. Aber ein Kompromiss würde so wenig dauerhaft sein wie jeder bisherige – und das Risiko des Bürgerkriegs wagen nur wenige der Beteiligten ins Auge zu fassen. So könnte der Schwebezustand sehr wohl noch einige Zeit anhalten. Aber wie immer sich die Dinge weiterentwickeln mögen: der Elan der Revolution ist gebrochen. Der Unmut der Enttäuschten, zuerst allein gegen die kommunistischen Sündenböcke gerichtet, gilt jetzt mehr und mehr auch dem vor kurzem noch bejubelten MFA.

Immer steht mir, wenn ich in diesen Wochen an Portugal denke, ein kleines Transparent vor Augen, das mir an der diesjährigen Maikundgebung im Stadion von Lissabon inmitten der unzähligen roten Fahnen und der riesigen Spruchbänder auffiel. «Wir dürfen unsere Nelken nicht verwelken lassen», stand darauf, mit ungelinker Hand gepinselt. Dem rührenden Wunsch ist die Erfüllung versagt geblieben. Die Nelken sind verwelkt.